

DA1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Stadtvorstand (dort beschlossen am: 07.12.2024)

Titel: 10 Punkte für ein starkes München

Antragstext

1 Viele der Herausforderungen, vor denen die Landeshauptstadt München steht, sind
2 nicht allein im Rathaus lösbar. Ob München weiterhin eine Stadt mit hoher
3 Lebensqualität bleibt, hängt auch von den Entscheidungen der künftigen
4 Bundesregierung ab. Kommunen sind die erste staatliche Ebene, mit der die
5 Bürger*innen in Kontakt treten. Sie müssen deshalb in der Lage sein wieder
6 Zuversicht zu geben, das Leben der Menschen leichter zu machen und gute
7 Lebensumstände für alle zu garantieren. Die Münchner Grünen fordern deshalb die
8 künftige Bundesregierung auf, folgende 10 Punkte aufzugreifen und zur Stärkung
9 von Städten wie München konsequent umzusetzen:

10 Wohnen

- 11 1. In den **Mietspiegel** sollen künftig auch Bestandsmieten einfließen. Bisher
12 werden lediglich Neuverträge und Wohnungsmieten, bei denen es in den
13 letzten 6 Jahren eine Mieterhöhung gab, berücksichtigt. Dies verzerrt die
14 Realität und macht den Mietspiegel selbst zum Preistreiber. Das Maximum
15 für Mieterhöhungen alle drei Jahre (sog. **Kappungsgrenze**) muss von 15% auf
16 maximal 9% gesenkt werden. Gleichzeitig muss auch die Mietpreisbremse
17 verlängert und müssen Ausnahmetatbestände reduziert werden. Durch bessere
18 Regulierung sollen endlich auch Mieter*innen von möblierten Wohnungen
19 wirksam von der Dämpfung der Mietpreise profitieren.
- 20 2. Mit Steuergeld geförderte Wohnungen sollen möglichst langfristigs
21 sozialer Wohnraum auf dem Mietmarkt bleiben (**70 jährige Sozialbindung**).
22 Damit in München auch weiterhin Menschen mit geringem Einkommen leben
23

24 können, unterstützt die Stadt private Investoren beim Wohnungsbau. Diese
25 sogenannte Sozialbindung gilt bisher aber nur befristet (bisher oft nur 25
26 oder 55 Jahre). Das führt dazu, dass die Zahl der dringend benötigten
27 Sozialwohnungen kaum steigt, da nahezu für jede neu geschaffene wieder
eine aus der Sozialbindung fällt.

- 28 3. Das **kommunale Vorkaufsrecht** muss wieder eingeführt werden. Nur so kann die
29 Stadt Spekulation bremsen. Außerdem müssen **Bauauflagen und Vorschriften**
30 **vereinfacht** werden, um mit niedrigeren Baukosten Wohnungsbau ohne
31 Spekulation rentabel zu machen.

32 **Mobilität**

- 33 4. Die Bundesmittel für den Bau **neuer U-Bahnen und Trambahnlinien** müssen
34 deutlich steigen. Selbst eine Millionenstadt wie München kann den Bau
35 neuer ÖPNV-Großprojekte wie U- oder Tram-Bahnen nicht allein finanzieren.
36 Der Bund stellt hier mit dem sogenannten
37 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bereits Mittel zur Verfügung –
38 allerdings viel zu wenig. In München betrifft das zum Beispiel den Bau der
39 U9, bei der die Stadt ein Vorhaltebauwerk am Hauptbahnhof finanziert hat
40 und immer noch auf die Zusage für die Förderung des Baus der neuen U-Bahn-
41 Linie wartet.
- 42 5. Für die Finanzierung der Deutschen Bahn und damit auch der **Münchner S-Bahn**
43 wird ein **Infrastrukturfonds** eingerichtet. Viele Münchner*innen leiden
44 unter den ständigen Ausfällen der S-Bahn. Zuständig ist hier jedoch nicht
45 die Stadt selbst, sondern der Freistaat und die Deutsche Bahn – die mit
46 mangelnder Finanzierung und damit auch fehlender Planungssicherheit zu
47 kämpfen hat. Einen stabilen S-Bahn-Takt wird es nur mit einer
48 modernisierten Schiene geben.
- 49 6. Das **Deutschlandticket** wird dauerhaft weitergeführt und finanziell
50 ausreichend von Bund und Ländern unterstützt. Bisher muss auch die Stadt
51 München einen Teil der Kosten tragen, das hemmt den Ausbau neuer ÖPNV-
52 Angebote.

53 **Klimaschutz**

- 54 7. Die **Wärmewende** in den **Münchner Haushalten** gelingt nur mit
55 Planungssicherheit. Die eingeführte Unterstützung durch das
56 Gebäudeenergiegesetz muss beibehalten werden. Die Stadt München setzt

57 intensive Anreize: mit der kommunalen Wärmeplanung schaffen wir
58 Sicherheit, mit dem städtischen Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG)
59 bieten wir finanzielle Unterstützung, mit dem Quartiersansatz schaffen wir
60 Lösungen für ganze Wohnviertel. Das Münchner Handwerk hat die Kapazitäten
61 für die Umsetzung der Wärmewende. Essenziell für das Gelingen ist jedoch
62 die zusätzliche finanzielle Förderung durch das Gebäudeenergiegesetz.
63 Dabei sind sozial-gerechte Förderungen für einkommensschwache Haushalte
64 notwendig.

- 65 8. Der Ausbau von **Geothermie** wird massiv beschleunigt. Die Erdwärme ist der
66 klimaneutrale Schatz unter unsere Stadt, der uns gleichzeitig unabhängig
67 von teurem Gas macht. Die Stadtwerke München planen dafür 10 neue
68 Geothermiekraftwerke und 600 km neuen Fernwärmeleitungen für ca. 9,5 Mrd.
69 Euro. Damit dies bis zum Zieljahr 2040 gelingt, braucht es eine
70 finanzielle Unterstützung von Seiten des Bundes und eine deutliche
71 Beschleunigung der Genehmigungsverfahren
72 (**Geothermiebeschleunigungsgesetz**).

73 **Wirtschaft**

- 74 9. **Unternehmen und Verwaltung** werden durch **Entbürokratisierung** spürbar
75 entlastet. Überflüssige Bürokratie hemmt die Münchner Unternehmen
76 erfolgreich zu sein. Bei den erneuerbaren Energien zeigt sich bereits,
77 welche positive Wirkung weniger Bürokratie hat. Kleine und mittlere
78 Unternehmen (KMUs) sind das Rückgrat der Münchner Wirtschaft und sichern
79 heimische Beschäftigung und Wohlstand. Sie leiden besonders unter
80 Bürokratie, deshalb ist die künftige Bundesregierung in der Pflicht,
81 schnell für Entlastung zu sorgen. Durch weniger Bürokratie bei Wohngeld
82 und Sozialaufgaben wird kann die Verwaltung spürbar entlastet werden,
83 damit wichtige Anliegen von Unternehmen und Bürger*innen schneller
84 bearbeitet werden können.

- 85 10. Mit **schnelleren Arbeitsvisa und Anerkennungsverfahren** gewinnen wir
86 **internationale Fachkräfte** für den Wirtschaftsstandort München. Deutschland
87 steckt mitten im demografischen Wandel. Im ganzen Land fehlen
88 Arbeitskräfte in der Daseinsvorsorge, egal ob in der Krankenpflege, KiTa
89 oder bei Bus und Bahn. Aber auch die Unternehmen leiden in vielen
90 Bereichen unter einem Arbeitskräftemangel, vom Handel, der Gastronomie und
91 dem Handwerk bis zu IT- und Technologieunternehmen. Mit dem
92 Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist der erste Schritt gegangen, eine
93 **sofortige Arbeitserlaubnis** für Geflüchtete, schnellere Arbeitsvisa und
94 Anerkennungsverfahren müssen folgen.

Unterstützer*innen

Friederike Gudrun Seydel, Mona Fuchs, David Süß, Christian Wiedemann, Sibylle Stöhr, Dominik Krause, Frederik Ostermeier, Andreas Voßeler, Florian Schönemann, Gudrun Lux, Judith Greif, Michaela Mayer, Sebastian Weisenburger, Andre Hermann, Florian Roth, Marion Lüttig, Martin Züchner, Jamila Schäfer, Bernd Schreyer, Florian Siekmann, Svenja Jarchow-Pongratz, Gabriele Graswald-Vidovic, Christian Smolka, Roland Barfus, Verena Matzner, Benjamin Kaufmann, Patrik Sestic, Andreas Ammer, Martin Beier, Marina Burwitz